

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Mit großer Geste hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in dieser Woche den Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) gefeiert, wonach Deutschland das Klimaziel für 2030 erreicht. Doch für Selbstlob der Bundesregierung gibt es keinen Grund. Die Prognose ist realitätsfern, ein Muster ohne Wert. Die Entwicklung hat nichts mit rot-grün-gelben Klimafortschritten zu tun. Energieintensive Betriebe in Deutschland produzieren weniger oder sind wegen hoher Energiepreise schon ganz abgewandert.

Dazu unterstellt das UBA auch noch Maßnahmen, die die Ampel bereits teilweise oder ganz zurückgenommen hat. Beispiele sind die Kürzung bei der Heizungsförderung oder die komplette Streichung des Umweltbonus.

Beim Thema Agrardiesel haben CDU und CSU noch einmal einen Vorstoß für die Fortdauer der bisherigen Regelung unternommen. Die Ampel aber bleibt weiter stur. Und von ihrem alternativen Entlastungspaket ist nicht viel zu sehen. Agrarminister Cem Özdemir kündigt auf nebulös allgemeine Bürokratieentlastungen an; Finanzminister Christian Lindner kommt mit einer Steuerrechtsänderung, die fast nichts bringt.

Der interne Ampelstreit nimmt weiter zu. Die Grünen blockieren die eigentlich schon vereinbarte Bezahlkarte für Asylbewerber. CDU und CSU machen in der Frage jetzt Dampf. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Auch wichtige Finanzgesetze bleiben auf der Strecke. Ein Beispiel: das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz. Das große Projekt, mit dem sich Bundesfinanzminister Christian Lindner eine eigene Finanzkriminalpolizei schaffen wollte, sollte längst verabschiedet sein. Inzwischen gibt es nicht einmal mehr einen Zeitplan.

Zu den Totalausfällen in der Bundesregierung zählt bislang Wissenschaftsministerin Bettina Stark-Watzinger. Ein Jahr nach dem Bildungsgipfel ist nichts umgesetzt. Stattdessen sorgen Haushaltskürzungen und auslaufende Bildungsprogramme für wachsende Planungsunsicherheit bei Ländern, Kommunen, Kindertageseinrichtungen und Schulen. Auch der Digitalpakt 2.0 kommt nicht vom Fleck. Bei internationalen Wissenschaftskooperationen wird gekürzt. Mehr dazu im Newsletter.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche, ein gesegnetes Osterfest und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

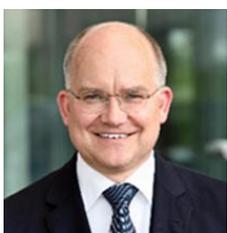
CDU und CSU machen Dampf bei Bezahlkarte für Asylbewerber



Vor fast fünf Monaten hat Bundeskanzler Olaf Scholz nach großem Druck von CDU/CSU und Ländern die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Leistungen an Asylbewerber zugesagt. Seither wird das Thema in der Ampelkoalition zerredet und blockiert.

Angesichts der offensichtlichen Handlungsunfähigkeit der rot-grün-gelben Bundesregierung machen CDU und CSU der Ampel mit einem eigenen [Gesetzentwurf](#) Beine.

Die Bezahlkarte soll die Barauszahlungen ersetzen. Mit der Karte können die Asylbewerber ähnlich wie mit einer „EC-Karte“ in Geschäften bezahlen. Die Bezahlkarte soll die Anreize zur irregulären Zuwanderung nach Deutschland, aber auch den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen verringern. Zudem soll die Karte verhindern, dass Asylbewerber Geld für Fluchthilfe an kriminelle Schlepperbanden überweisen. Die Grünen aber verweigern der



eigenen Bundesregierung seit Wochen die Zustimmung und blockieren so das Gesetz.

Sebastian Brehm: „Diese neueste Episode im endlosen

Ampel-Streit sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition. Der Bundeskanzler hat den Ländern versprochen, die notwendigen gesetzlichen Regelungen für die Einführung der Bezahlkarte zeitnah auf den Weg zu bringen. Wieder einmal kann er sich in seiner Koalition nicht durchsetzen.“

Impulse für den wegbrechenden Wohnungsbau



Der Wohnungsbau bricht immer stärker ein. Die Zahl der Baugenehmigungen sackte im Januar auf rund 16.800 ab. Fast ein Viertel weniger als ein Jahr zuvor. Der schlechteste Jahresstart seit elf Jahren. Trendumkehr nicht in Sicht. Der von der Bundesregierung groß angekündigte Bau-Turbo zündet nicht. Von ihrem Ziel, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, ist die Ampel weiter entfernt denn je. CDU und CSU haben deshalb ein umfangreiches [Maßnahmenpaket](#) vorgeschlagen, um der Baukonjunktur wieder auf die Beine zu helfen.

Das Paket enthält vor allem eine neue Sonderabschreibung zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus. Unternehmen sollen bezahlbaren Wohnraum schaffen und entsprechende Mietbegrenzungen garantieren. Im Gegenzug erhalten sie zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten. Zur Entlastung von

Familien ist ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum vorgesehen.

Bestehende KfW-Kreditprogramme sollen ausgeweitet werden. Die Richtlinien des Förderprogramms „Wohneigentum für Familien“ sollen durch Anhebung der Einkommensgrenze, die Einbeziehung des Kaufs von Bestandsimmobilien und die Förderfähigkeit für Bauten nach EH 55-Standard angepasst werden. Ein Belastungsmoratorium bis Ende 2027 soll Verlässlichkeit schaffen.

Aber Rot-Grün-Gelb lehnt alles ab, was für Belebung sorgen könnte. So auch in dieser Woche das Maßnahmenpaket von CDU und CSU. Die Lage am Bau stabilisiere sich, versuchte Bundeskanzler Olaf Scholz unlängst zu beruhigen. Doch eine Stabilisierung reicht nicht, es muss schlicht deutlich mehr werden. Und in der Realität geht es weiter bergab. In diesem Jahr erwarten die Experten nur knapp über 200.000 neue Wohnungen, für 2025 sogar noch einen weiteren Rückgang.



Sebastian Brehm: „Es sind nicht nur hohe Zinsen und teure Baustoffe, die den Wohnungsbau auf Talfahrt schicken. Es ist auch die fehlende Verlässlichkeit. Vor allem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat mit seinem unkalkulierbaren Hüh und Hott in der Förderpolitik und immer neuen Umweltauflagen für den Bau notwendiges Vertrauen zerstört. Ohne radikale Kurskorrektur wird sich der Wohnungsbau immer weiter von den verkündeten Zielen entfernen. Das wird auch zum Hemmschuh der Zuwanderung von

Fachkräften für unsere Wirtschaft. Wer einen Job in Deutschland annimmt, will hier auch angemessen wohnen können. Dafür aber reicht das sinkende Neubauniveau nicht.“

Komfortabel statt nervig – Reformen für eine bessere Bahn



Bahnfahren sollte zuverlässig, sicher und attraktiv sein. Die Kunden der Deutschen Bahn (DB AG) erleben tagtäglich das genaue Gegenteil: Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit. Mobiles Telefonieren und Arbeiten in Zügen bleibt ein Desaster. Und FDP-Verkehrsminister Volker Wissing verzettelt sich lieber in Plänen für den Verkauf der gewinnträchtigen Logistiksparte DB Schenker, statt einen umsetzbaren Plan auf die Schiene zu setzen, um die Bahn leistungsfähiger zu machen. Für CDU und CSU ist klar: Ohne grundlegende, strukturelle und organisatorische Neuaufstellung ist das Bahn-Desaster nicht zu beseitigen. In dieser Woche hat der Bundestag einen [Antrag](#) der Fraktion zur Neustrukturierung der DB AG debattiert. Ein zentrales Element ist die vollständige Trennung des zerstückelten Infrastrukturbereichs aus DB Netz, DB-Station und Service sowie DB Energie vom Transportbereich. Auch die DB-Holding soll aufgelöst und die bisherige, kaum mehr durchschaubare DB-Struktur mit 740

Beteiligungen und Tochtergesellschaften entflochten werden.

Die gesamte Infrastruktur soll dann in eine bundeseigene, weisungsgebundene Schieneninfrastruktur GmbH überführt werden. Damit bekäme der Bund den unmittelbaren steuernden Zugriff auf den Ausbau der Bahn-Infrastruktur, ein Modell, das vergleichbar bereits bei der Autobahn GmbH des Bundes besteht. Zudem müssen die derzeit zum Teil Jahre dauernden Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Damit könnte nicht nur die Infrastruktur gezielt ausgebaut werden. Die DB AG würde so verschlankt und könnte sich zum Wohl der Kunden künftig voll auf die Verbesserung ihres Angebotes konzentrieren.

Gleichzeitig warnt die Union vor einer vorschnellen Privatisierung von DB Schenker als international tätigem Logistikdienstleister. Die Ampelkoalition will allerdings von alledem nichts wissen.



Sebastian Brehm: „Die Schienenpolitik von FDP-Verkehrsminister Wissing ist komplett entgleist. Statt die Erträge von Schenker für eine stete Entwicklung zu nutzen, soll der Gewinnbringer für einen einmaligen Effekt geschlachtet werden. Der Ertrag wird ohne grundlegende Strukturreform ebenso wie die Eigenkapitalerhöhung mit Bundesmitteln folgenlos im Dickicht des Bahngeflechts versickern. Nicht ohne Grund drängen die Monopolkommission und der Bundesrechnungshof seit längerem auf Strukturveränderungen. Ohne Umstrukturierung wird die Bahn nicht aus ihrem Desaster herausfahren.“

CDU und CSU: Gesetz gegen Kinderehen retten!

Dem Kampf gegen Kinderehen droht wegen der Tatenlosigkeit der rot-grün-gelben Bundesregierung ein empfindlicher Rückschlag. 2017 wurden mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen Eheschließungen im Ausland, bei denen mindestens eine Person unter 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte das Gesetz im vergangenen Jahr, forderte aber bis Ende Juni 2024 eine gesetzliche Regelung für die Folgen rechtlich unwirksamer Kinderehen. Doch genau dieses Gesetz fehlt. Bleibt es dabei, fällt das gesamte Schutzgesetz.

CDU und CSU haben die Bundesregierung jetzt mit einem [Antrag](#) zum Handeln aufgefordert. Es geht insbesondere um Unterhaltsansprüche der betroffenen Minderjährigen und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit – unter bestimmten Schutzmaßnahmen – zu bestätigen. Kinderehen sind vor allem in vielen Ländern Afrikas und Zentralasiens verbreitet.



Sebastian Brehm: „Die Untätigkeit der Bundesregierung ist verantwortungslos. Die betroffenen Mädchen sind oft noch keine 14 Jahre alt. Sie können die Folgen einer Eheschließung nicht abschätzen. Und es gibt berechtigte Zweifel, ob sie sich überhaupt selbstständig und frei entscheiden konnten oder zur Heirat gezwungen wurden. Es passt nicht zusammen, wenn die Ampel in Festreden Frauen- und Kinderrechte beschwört, aber im Alltag nicht handelt, wenn es darauf ankommt.“

Rückzug aus internationaler Forschungskooperation stoppen



„Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen“, versprach die Ampelkoalition bei ihrem Regierungsantritt. Gut zwei Jahre später ist das genaue Gegenteil zu besichtigen. Die [Forderung](#) von CDU und CSU, die Mittelkürzungen zurückzunehmen und so die deutsche Wissenschafts vor Schaden zu bewahren, stieß in dieser Woche leider auf eine Ablehnung der Ampel.



Sebastian Brehm: „Mit ihrer Kürzungspolitik schwächt die Ampel nicht nur Wissenschaft und Forschung in Deutschland, sondern in der Folge auch die Zukunft unserer Wirtschaft, die

ihre Leistungsfähigkeit wesentlich auch aus den Forschungsergebnissen zieht. Statt auf der Jagd nach der schnellen Schlagzeile etwa Zivilschutzunterricht an Schulen zu fordern, sollte die Bundesbildungsministerin ihre Hausaufgaben machen.“

Schülerbesuch aus dem Wahlkreis



In dieser Woche konnte ich 40 Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen der Wirtschaftsschule Nürnberg bei ihrer Informationsfahrt im Bundestag begrüßen. Eine gute Stunde lang konnten wir uns über viele Themen austauschen, die die jungen Besucherinnen und Besucher bewegten. Die Bundetagsbesuche von Schulgruppen sind mir ein besonderes Anliegen. Die jungen Leute können sich hier aus erster Hand einen Eindruck verschaffen, wie demokratische Prozesse in unserem Land ablaufen und welche vielfältigen Einflussmöglichkeiten sie selbst haben.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.